

## Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Juni 1966

### Die internationale Situation

Die Preiserhöhungen in den meisten Ländern der westlichen Welt haben das Problem einer Bekämpfung des Preisauflaufs in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. In steigendem Maße suchen die Regierungen der einzelnen Länder neben einer restriktiven Geld- und Kreditpolitik Zuflucht in unorthodoxen einkommenspolitischen Maßnahmen.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* waren es vor allem exogene Faktoren, wie das Anziehen der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise, die zur Anhebung des allgemeinen Preisniveaus geführt haben. Darüber hinaus hat aber auch die Zunahme der Investitionsquote im Laufe des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs preissteigernd gewirkt, da ihr keine Erhöhung der Sparquote bei den Nicht-Unternehmern gegenüber stand. Dagegen haben die Lohnsteigerungen bisher kaum zur Aufwärtsbewegung der Preise beigetragen. Die Lohnsätze lagen in der verarbeitenden Industrie im Frühjahr nur um 3,5 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau, d. h. um nur wenig mehr als die Lebenshaltungskosten (3 vH). Dennoch ist zunächst kaum damit zu rechnen, daß sich die Lohnerhöhungen erheblich beschleunigen werden, da die Tarifverträge in führenden Wirtschaftsbereichen erst im nächsten Jahr auslaufen. Zudem lassen sich gegenwärtig Anzeichen einer gewissen Wachstumsverlangsamung erkennen. So hat sich die Expansion des privaten Verbrauchs abgeschwächt. Auch werden die Ausgaben der öffentlichen Hand von nun an weniger stark zunehmen. Auf die Investitionsplanungen hat dies bisher nur geringfügig zurückgewirkt. Wenn auch von einer stärkeren Abkühlung des konjunkturellen Klimas nicht gesprochen werden kann, so dürfte doch die Arbeitsmarktlage stärkeren Lohnerhöhungen entgegenstehen.

Eine besonders ungünstige Position nimmt unter den westeuropäischen Ländern *Großbritannien* ein. Während die britische Wirtschaft als Folge einer restriktiven Wirtschaftspolitik nur mäßig expandiert, setzt sich der Preis- und Lohnauftrieb fast

ungebrochen fort. Die Gewerkschaften nutzen ihre weiterhin starke Stellung auf dem Arbeitsmarkt, um kräftige Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Einführung einer Arbeitsplatzbesteuerung, die die Unternehmen des nicht-industriellen Bereichs zur Freisetzung von Arbeitskräften veranlassen und damit die Arbeitskräfteknappheit vermindern soll, hat ebenfalls einen kostenerhöhenden Effekt. Die im Herbst in Kraft tretende Steuer dürfte somit die Preis- und Lohnbewegungen kaum dämpfen. In dieser Situation mehrten sich die Stimmen, die der britischen Regierung anraten, bei der Preis- und Lohnkontrolle, die gegenwärtig noch auf freiwilliger Basis stattfindet, Zwang auszuüben. Die Möglichkeit hierzu hat sich die Regierung bereits in einem vom Parlament verabschiedeten Gesetz vorbehalten. Die gegenwärtige Pfundschwäche hat eine erneute Kreditstütze durch ausländische Notenbanken notwendig gemacht. Obwohl diese augenblickliche Schwäche durch den Streik der Seeleute bedingt ist, zeigt sie doch wiederum, wie anfällig die britische Außenwirtschaftslage ist.

In *Frankreich* sind die Preise trotz der weiterhin bestehenden Preiskontrollen und trotz des noch vorhandenen Expansionspielraums leicht beschleunigt gestiegen. Dies macht die Schwierigkeiten der französischen Stabilisierungspolitik in der Phase konjunkturellen Aufschwungs deutlich. Da die Regierung erneute inflationäre Spannungen befürchtet, ist damit zu rechnen, daß bei einer Verstärkung des Preisauflaufs neue preispolitische Maßnahmen ergriffen werden. Vor allem wird sich allmählich eine Verengung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, die zu einer Beschleunigung des Lohnauftriebs führen könnte, es sei denn, die Regierung entschlösse sich zu einer Lohnkontrolle. Andernfalls würden die Gewinnmargen erneut schrumpfen, was sich wiederum negativ auf die Investitionsentscheidungen auswirken könnte. Eine solche Entwicklung wäre für die Durchsetzung der wachstumspolitischen Zielsetzungen höchst hinderlich und um so mehr zu bedauern, als bei den privaten Investitionen nun endlich die Folgen der Restriktionspolitik der ver-

gangenen Jahre überwunden worden sind. Nach neuesten Erhebungen planen die privaten Unternehmer eine Steigerung ihrer Investitionen im Jahre 1966 um 5 vH; 1965 hat die tatsächliche Zunahme nur 3,5 vH betragen.

In *Italien* hat sich zwar der Preis- und Lohnauftrieb ganz beträchtlich verlangsamt, jedoch ist er auch hier nicht zum Stillstand gekommen. Nachdem sich in diesem Jahr das Sozialproduktwachstum leicht beschleunigt hat, sind in fast allen Bereichen der italienischen Wirtschaft wieder Lohnforderungen erhoben worden, die, falls sie sich durchsetzen lassen, zu abermaligen Preissteigerungen, vor allem in der Bauwirtschaft und im Investitionsgüterbereich führen würden. Die bisherigen Ansätze einer differenzierten Preis- und Lohnbeeinflussung sind im Experimentierstadium steckengeblieben. Deshalb werden gegenwärtig die Möglichkeiten diskutiert, solche unternehmerischen Sozialaufwendungen abzubauen, für die weder eine soziale noch eine ökonomische Begründung gegeben ist. Durch diese Einschränkungen würde zwar den sektoralen Unterschieden in der Gewinnlage der Unternehmen nicht Rechnung getragen werden. Immerhin würde aber auch den benachteiligten Branchen Spielraum gewährt werden, der es ihnen erlaubt, weitere Lohnkostensteigerungen ohne Gewinnschmälerung hinzunehmen.

Auch in anderen Volkswirtschaften, wie in den Benelux-Ländern, wurde auf einkommenspolitische Maßnahmen zurückgegriffen. In den *Niederlanden* haben die starken Preissteigerungen der letzten Monate die Regierung nach der Diskonterhöhung auf 5% zur Aufstellung eines umfassenden Stabilisierungsprogramms veranlaßt, das neben einem Aufschub staatlicher Investitionsvorhaben und einem Einstellungsstopp in der öffentlichen Verwaltung eine Begrenzung der für dieses Jahr noch ausstehenden tariflichen Lohnerhöhungen auf 7 vH vorsieht. Gleichzeitig wurde ein Preisstopp verfügt, der allerdings bei Nachweis nichtlohnbedingter Kostensteigerungen Ausnahmen zuläßt. Die bisherige Praxis der freiwilligen Meldung geplanter Preiserhöhungen wurde durch einen Meldezwang abgelöst. Ein selektiver Preisstopp ist auch in *Belgien* verordnet worden. Zusammen mit einer Begrenzung der Kreditexpansion und einer Senkung bestimmter indirekter Steuern sollen diese Maßnahmen Spielraum schaffen für eine Einflußnahme auf die unternehmerische Preispolitik.

### Die Lage in Westdeutschland

Wenn eine Hochkonjunktur an Glanz verliert — und die Konjunktur in der Bundesrepublik hat inzwischen einiges an Glanz eingebüßt — pflegt die Konjunkturdiskussion lebhaft zu werden. Die Auffassungen über die Mittel und Wege, um Preisstabilität zu erreichen, gehen weit auseinander. In Gang gehalten und geschürt wird diese Kontroverse über die Wahl der richtigen konjunkturellen Mittel einmal durch die bisherige Erfolglosigkeit der monetären Restriktion und zum anderen durch die Unterlassungen der Wirtschaftspolitik, die sich zu sehr auf die Geld- und Kreditpolitik verließ. Hieraus folgte notwendigerweise eine um so härtere monetäre Politik, die heute wachsenden Widerspruch der von ihr am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereiche ausgelöst hat. Tatsächlich fehlt der Berechtigung der jetzt von der Bundesbank erhobenen Forderung, daß auch die privaten Investitionen eingeschränkt werden müßten, angesichts einer ohne-

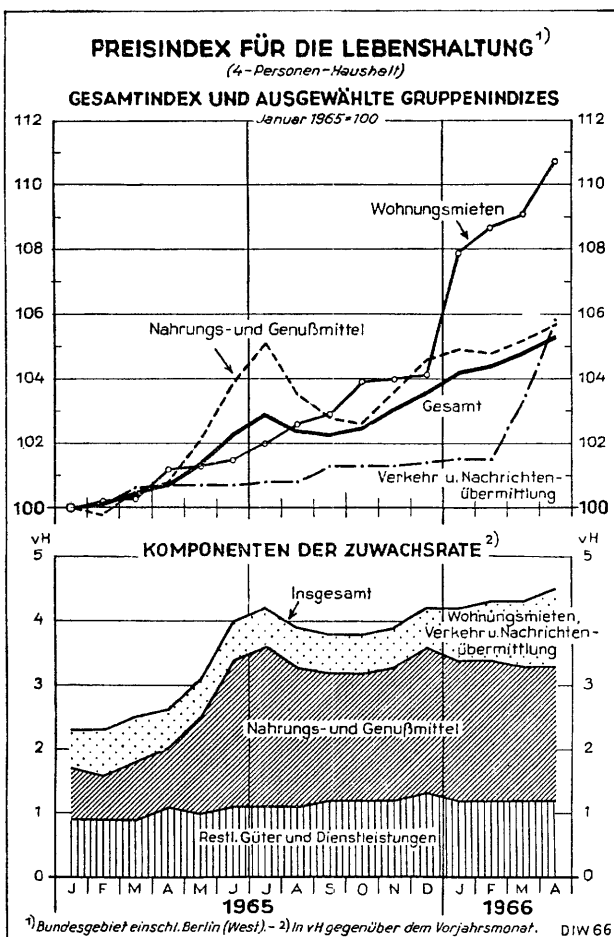
hin stark abgeschwächten Investitionsneigung der Wirtschaft jeder Beleg.

Die gegenwärtige konjunkturelle Schwäche sollte allerdings weder dramatisiert noch bagatellisiert werden. Denn von einer *richtigen* Interpretation hängt die Wahl der richtigen wirtschaftspolitischen Mittel ab, die einen für unerwünscht gehaltenen Tatbestand zu ändern vermögen.

Gegen eine Dramatisierung der Konjunkturabschwächung spricht vorerst jedenfalls die Entwicklung des Bruttosozialprodukts im ersten Quartal dieses Jahres (Zuwachsrate: 8,2 vH). Der Preisanstieg des Sozialprodukts hat dabei unvermindert angehalten.

Auch die Gesamtnachfrage hat sich im ersten Quartal dieses Jahres recht stabil gezeigt. Der private Verbrauch und der öffentliche Verbrauch haben den kräftigen Zuwachs des letzten Quartals 1965 fast unverändert beibehalten. Zwar ist der Zuwachs der Ausfuhr und der Ausrüstungsinvestitionen etwas zurückgegangen, dafür hat sich das Wachstum der Bauinvestitionen, verglichen mit dem vierten Vierteljahr 1965, sogar kräftig beschleunigt. So wenig eine Dramatisierung der Abschwächung ratsam erscheint, so wenig ist Anlaß zur Betonung von Beschleunigungsgefahren. Schließlich war die Expansion des Baugewerbes lediglich dem relativ guten Wetter zu verdanken. Für das zweite Quartal wird daher die Zuwachsrate des Sozialprodukts geringer sein (rd. 7 vH).

Unbeschadet dieser Abschwächungstendenz hielt der Preisanstieg auch in dieser Zeit an. Für den wichtigsten Indikator, den Preisindex für die



Lebenshaltung, waren aber auch schon vorher weniger konjunkturelle als andere Faktoren maßgebend. Im April dieses Jahres hatten die Lebenshaltungskosten mit 4,5 vH die höchste und mit Recht als alarmierend empfundene Steigerungsrate der letzten Jahre erreicht.

Wie aus der Graphik, die die Komponenten der Zuwachsrate des Preisindex für die Lebenshaltung seit Beginn vergangenen Jahres wiedergibt, ersichtlich ist, sind es drei nicht konjunkturelle, also nicht nachfragebedingte Faktoren, nämlich die Wohnungsmieten, die Nahrungs- und Genußmittelpreise sowie die Verkehrstarife, die zu dem beschleunigten Anstieg der Lebenshaltungskosten geführt haben. Der Beitrag des konjunkturabhängigen Sektors zum Anstieg der Lebenshaltungskosten ist dagegen seit Anfang vergangenen Jahres unverändert geblieben.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres — etwa von Mai/Juni an — wird der Preisindex der Lebenshaltungskosten schwächer zunehmen als bisher. Zwar werden die irreversiblen Preiserhöhungen (Mieten, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) während des ganzen Jahres die Zuwachsrate des Gesamtindex um mehr als einen Punkt erhöhen. Die

Zuwachsrate der Preise für Nahrungs- und Genußmittel wird jedoch wegen des hohen Niveaus der Basis (Ernährungsgüterpreise im vergangenen Jahr) erheblich geringer werden. Daher wird der Preisanstieg der Lebenshaltungskosten in den nächsten Monaten kaum 3,5 vH überschreiten. Dieser Rückgang der Preissteigerungsrate wird dann auch keineswegs das Ergebnis wirtschaftspolitischer Maßnahmen sein, sondern er wird allein aus dem erntebedingten Preisauftrieb der Nahrungs- und Genußmittel im Sommer vergangenen Jahres resultieren.

Die monetäre Restriktion hat bisher nicht zu einer Verringerung des allgemeinen Preisanstiegs geführt. Durch die neuerliche Verschärfung des Restriktionskurses ist indessen eine noch stärkere Dämpfung der Nachfrage wahrscheinlich geworden. Das Risiko, daß infolge sinkender Auslastung der industriellen Kapazitäten die deshalb weiter steigenden Stückkosten neuerliche Preiserhöhungen nach sich ziehen, oder aber — bei zu schwach gewordener Marktposition der Anbieter — Erzeugungseinschränkungen unvermeidbar werden, sollte die Wirtschaftspolitik jedenfalls gerade deshalb nicht eingehen, weil sie die Preisstabilität will.

## Das Sozialprodukt der Bundesrepublik im ersten Quartal 1966

Saisonale Einflüsse, insbesondere die günstigen Produktionsbedingungen im Baugewerbe, haben im ersten Quartal 1966 zu einer leichten Beschleunigung im Anstieg des Bruttosozialprodukts um real knapp 4 vH geführt. Gleichzeitig ist das gesamtwirtschaftliche Preisniveau unvermindert weiter gestiegen. Das nominale Bruttosozialprodukt war somit um 8 vH größer als im ersten Quartal 1965.

Das reale Wachstum wurde auch im Berichtszeitraum nahezu ausschließlich von Produktivitätserhöhungen getragen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 0,4 vH. Vom Kalender her stand zwar mehr Arbeitszeit zur Verfügung, jedoch wirkten weitere Verkürzungen der Arbeitszeit diesem positiven Einfluß auf das Arbeitsvolumen entgegen. Im verarbeitenden Gewerbe stagnierte das Arbeitsvolumen — wie bereits im vierten Quartal —, während im besonders saisonabhängigen Bauhauptgewerbe die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden den Vorjahresstand um 10 vH übertraf. Allein dieser Sonderentwicklung ist es zuzuschreiben, daß insgesamt das Arbeitsvolumen leicht zunahm.

### Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt

Die ungewöhnlich hohe Arbeitsleistung im Baugewerbe schlug sich auch im Beitrag des Baugewerbes zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nieder (+ 15,5 vH). Da es die günstige Wetterlage erlaubte, mit der Produktion gewissermaßen vorzuziehen, gingen im März und April die Auftragsbestände zurück. Ob es deshalb zu einer Flaute für den Rest des Jahres 1966 kommt, hängt von den laufenden Auftragseingängen ab; der Rückgang an Baugenehmigungen für Wohngebäude im April deutet auf ungünstige Aspekte hin.

Die Wachstumsverlangsamung im verarbeitenden Gewerbe, die sich im Laufe des Jahres 1965 gezeigt hat, hielt an. Im Einklang mit der konjunkturellen Lage hatten die Verbrauchsgüterindustrien die stärkere Entwicklung.

Die Situation in den Investitionsgüterindustrien wurde neben abgeschwächter Produktionszunahme durch einen Rückgang der Auftragseingänge aus dem Inland um 0,9 vH bestimmt. Im Maschinenbau hatten lediglich die Hersteller von Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien — eine Akzeleratorwirkung der Konsumkonjunktur — eine Steigerung ihrer Auftragseingänge zu verzeichnen.

Die günstige Entwicklung der Bauwirtschaft im Berichtsquartal wirkte sich auch auf ihre Zulieferbereiche aus. Gegenüber Januar/März 1965 erhöhten die Industrien der Steine und Erden ihre Nettoproduktion um rund 8,5 vH. Da jedoch in einigen anderen Branchen eine Wachstumsverlangsamung (chemische Industrie, Ziehereien) eingetreten ist, stieg der Produktionsindex für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien nur um 4,5 vH über das vergleichbare Vorjahrsergebnis.

Die unverändert hohe Verbrauchsneigung der privaten Haushalte führte im Berichtsquartal zu Umsätzen, die im Einzelhandel um 10,5 vH und im Großhandel um 9 vH über dem Vorjahr lagen. Diese Umsatzexpansion ging jedoch mit beachtlichen Preissteigerungen Hand in Hand.

Überdurchschnittlich entwickelten sich im Berichtsquartal wiederum die Dienstleistungsbereiche. Vor allem expandierte der Beitrag des Staates zum Bruttoinlandsprodukt aufgrund der erhöhten Personalkosten mit 12 vH unvermindert. Die Zunahme im Wohnungswesen — als Folge massierter Mieterhöhungen — war mit 16 vH doppelt so stark wie der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt.

### Die Verwendung des Sozialprodukts

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte erhöhten sich im nahezu gleichen Umfang wie im Vorquartal. Allerdings sind die Zuwachsraten des Lebenshaltungskostenindex nochmals etwas größer geworden.

**Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts**  
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1965				1966	
	I	II	III	IV	I	II <sup>4)</sup>
<b>Entstehung (Nettoproduktionswerte)</b>						
Land- und Forstwirtschaft . . .	0	- 2	- 4	- 4	- 2	- 2
Warenproduz. Gewerbe . . .	10,5	8,5	8	6,5	7	5,5
Handel und Verkehr . . .	8	9	10	9	9	10
Dienstleistungen . . . . .	10	11	12	11,5	12	10
Bruttoinlandsprodukt . . .	9,5	8,5	8,5	7,5	8	7
<b>Verteilung (Verfügbare Einkommen)</b>						
Private Haushalte . . . . .	11	12	12	10	7	7
Nettolöhne und -gehälter . .	10,5	12	12,5	10,5	8,5	7
Entnommene Gewinne . . .	9	15,5	10,5	7,5	2	2
Übertragungen . . . . .	13,5	8	11,5	12,5	8,5	11
Staat . . . . .	-0,5	2,5	3,5	1,5	10,5	7
Unternehmen <sup>1)</sup> . . . . .	40	-17	- 5	-26	5	4
Übrige Welt <sup>2)</sup> . . . . .	17	33	0	18	0	0
Nettosozialprodukt <sup>3)</sup> . . .	9	8	8,5	7	7,5	6,5
<b>Verwendung (zu jeweiligen Preisen)</b>						
Verbrauch . . . . .	8,5	11,5	11	10,5	10	8,5
Privat . . . . .	8	10,5	10,5	10	10	8
Öffentlich . . . . .	12	13,5	12,5	13	12	9,5
Anlageinvestitionen . . . .	13	9,5	8	6,5	10,5	6
Bauten . . . . .	10,5	5	5,5	4	15	6
Ausrüstungen . . . . .	15,5	14,5	11	9	7,5	5,5
Ausfuhr . . . . .	9,5	5,5	10,5	10,5	9	11
Einfuhr . . . . .	17,5	20	19	14	13	6,5
Bruttosozialprodukt, nominal	9	8,5	8,5	7,5	8	7
Deflationierungsfaktor . . .	3,5	4	4	4	4	3,5
Bruttosozialprodukt, real . .	5,5	4,5	4,5	3,5	4	3,5
dav.: Arbeitsvolumen . . .	0	0	-0,5	-0,5	0,5	-0,5
Produktivität . . . . .	5,5	4,5	5	4	3,5	4

<sup>1)</sup> Nicht entnommene Gewinne und empfangene Übertragungen. — <sup>2)</sup> Empfangene Übertragungen von inländischen Sektoren. — <sup>3)</sup> Zu Marktpreisen.  
<sup>4)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

**Einkommens- und Vermögensbildung**

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind im Berichtsquartal um 9,5 vH gestiegen, die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 9 vH. Das Arbeitnehmer Einkommen wurde erstmals seit einem Jahr wieder voll von der Steuerprogression getroffen; die Lohnsteuerabzüge waren demzufolge um 16,5 vH höher als im Vorjahrsquartal. Die Einkommens- und Vermögensübertragungen an die privaten Haushalte stiegen wesentlich schwächer als zuvor. Besonders kraß aber war die Abschwächung bei den entnommenen Gewinnen, so daß die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (Arbeitnehmer-, Selbständigen- und Rentnereinkommen zusammengenommen) nur noch um 7 vH höher lagen als im ersten Quartal 1965. Da der private Verbrauch die im Vorquartal erreichte reale Steigerungsrate von 5,5 vH auch im Berichtsvierteljahr beibehielt, konnte dies — zumal sich auch die Preisentwicklung nicht verlangsamt — nur auf Kosten der Vermögensbildung der Privaten gehen. Sie lag — das erste Mal seit dem zweiten Quartal 1962 — unter dem Vorjahresstand, und zwar um 8 vH. Besonders deutlich war der Rückgang im Kontensparen.

Die Steigerungsrate der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat sich mit 4,5 vH seit dem ersten Quartal 1965 erstmals wieder erhöht. Die Vermögensübertragungen des Staates an die Unternehmen waren erneut größer als im Vorjahr, so daß insgesamt die den Unternehmen aus Einkommen, Übertragungen und Abschreibungen zur Verfügung stehenden Eigenmittel — allerdings zum Teil aus saisonalen Gründen — relativ stark zunahmen.

**Ausblick auf das zweite Quartal**

Die Extrapolation der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf das zweite Quartal führt zu folgenden Ergebnissen:

Das nominale Bruttosozialprodukt hat mit rund 7 vH schwächer expandiert als im ersten Quartal, auch blieb die reale Steigerung mit + 3,5 vH leicht hinter dem Vorquartal zurück. Der Rückgang der realen Zuwachsrate erklärt sich vor allem durch saisonale und kalendarische Schwankungen im Arbeitsvolumen; die leichte Beruhigung in der Preisentwicklung ist ebenfalls exogen verursacht. Das Wachstumstempo der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ging weiter zurück. Das gleiche gilt für den privaten wie öffentlichen Verbrauch.

Dagegen stieg die Ausfuhr erstmals seit dem zweiten Quartal 1964 beträchtlich schneller als die Einfuhr. Die expansiven Kräfte verlagern sich jetzt von der Binnen- auf die Außenwirtschaft; die Ausfuhr werden die Wirtschaftsentwicklung auch weiterhin bestimmen.

Die Investitionstätigkeit wurde durch eine weitere Abschwächung der Investitionsneigung der Unternehmer geprägt. Die Steigerungsrate der Ausrüstungsinvestitionen betrug nur noch 7,5 vH. Verschuldungsbereitschaft und Verschuldungsmöglichkeit der Unternehmen ließen weiter nach — eine Folge pessimistischer Ertragserwartungen und zunehmender Liquiditätsknappheit der Banken. Die witterungsbedingte hohe Zuwachsrate der Bauinvestitionen von nominal 15 vH und real 12 vH im Zeitraum Januar/März 1966 wird in den folgenden Quartalen nicht annähernd erreicht werden können.

Der Außenbeitrag war in der Berichtszeit mit 0,3 Mrd. DM geringer als im saisonal vergleichbaren ersten Quartal 1965. Die Einfuhr nahm unvermindert (+ 13 vH) zu, während die Steigerung der Ausfuhr auf 9 vH zurückging. Das Einfuhrergebnis ist auch auf die Nahrungsmitelefuhren zu — gegenüber Vorjahr — stark erhöhten Preisen zurückzuführen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,-, halbjährlich DM 17,-, vierteljährlich DM 9,-